

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Ferat Koçak (LINKE)

vom 14. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. März 2022)

zum Thema:

Straftaten in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

und **Antwort** vom 25. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. März 2022)

Herrn Abgeordneten Ferat Koçak (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11271
vom 14. März 2022
über Straftaten in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Werden in Berlin seit Beginn des Kriegs in der Ukraine vermehrt Straftaten verzeichnet, bei welchen ein direkter Zusammenhang mit dem Krieg feststellbar ist oder von den Täter:innen selbiger reklamiert wird?

Zu 1.:

Die Fallzahlen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

| | Anzahl der Sachverhalte | Anzahl der Strafanzeigen |
|-------------------------|-------------------------|--------------------------|
| anti-russisch | 64 | 53 |
| anti-ukrainisch | 15 | 8 |
| anti-belarussisch | 21 | 13 |
| anti-polnisch | 1 | 1 |
| allgemeiner Kriegsbezug | 38 | 22 |
| gesamt | 139 | 97 |

Quelle: Polizeiliches Landessystem für Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS), Stand: 18. März 2022

Bei einem Großteil der seit dem 24. Februar im Landeskriminalamt (LKA) Berlin bearbeiteten Sachverhalte im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Konflikt handelt es sich um Sachbeschädigungs-, Beleidigungs- sowie Bedrohungsdelikte.

Mit der Fortsetzung des russischen Angriffskrieges ist von einer steigenden Fallzahl in diesem Phänomenbereich auszugehen.

2. Sind seit Kriegsbeginn in Berlin vermehrt Anfeindungen, verbale oder physische Angriffe auf Menschen mit russischer Migrationsgeschichte oder Sachbeschädigung an Einrichtungen, Gewerben, oder Restaurants mit klarem Bezug zu Russland festzustellen? Bitte um genaue Aufschlüsselung, auch nach Bezirken.

3. Sind seit Kriegsbeginn in Berlin vermehrt Anfeindungen, verbale oder physische Angriffe auf Menschen mit ukrainischer Migrationsgeschichte oder Sachbeschädigung an Einrichtungen, Gewerben oder Restaurants mit klarem Bezug zur Ukraine festzustellen? Bitte um genaue Aufschlüsselung, auch nach Bezirken.

Zu 2. und 3.:

Die erfragten Daten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

| Bezirk | Russland | | Ukraine | |
|----------------------------|--------------|---------------|--------------|---------------|
| | Sachverhalte | Strafanzeigen | Sachverhalte | Strafanzeigen |
| Charlottenburg-Wilmersdorf | 3 | 3 | 5 | 1 |
| Friedrichshain-Kreuzberg | 1 | 1 | 0 | 0 |
| Lichtenberg | 3 | 3 | 1 | 1 |
| Marzahn-Hellersdorf | 2 | 2 | 1 | 0 |
| Mitte | 36 | 29 | 3 | 3 |
| Neukölln | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Pankow | 2 | 2 | 0 | 0 |
| Reinickendorf | 0 | 0 | 2 | 2 |
| Spandau | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Steglitz-Zehlendorf | 2 | 2 | 0 | 0 |
| Tempelhof-Schöneberg | 2 | 1 | 1 | 0 |
| Treptow-Köpenick | 8 | 6 | 1 | 1 |
| unbekannt | 6 | 4 | 1 | 0 |
| gesamt | 65 | 53 | 15 | 8 |

Quelle: POLIKS-Recherche, Stand: 18. März 2022

Weiterführende Angaben im Sinne der Fragestellung können im automatisierten Verfahren nicht erhoben bzw. dargestellt werden.

4. Wie bewertet das Landeskriminalamt die Gefährdungslage von Menschen mit ukrainischer oder russischer Migrationsgeschichte in Berlin seit Kriegsbeginn?

Zu 4.:

Zu möglichen Auswirkungen des Konfliktes auf die Sicherheitslage in Deutschland lassen sich derzeit keine validen Aussagen treffen. Gleichwohl muss mit einer Lageverschärfung gerechnet werden. Es sind insbesondere Straftaten im Bereich der niedrighschwelliger Kriminalität wie beispielsweise Sachbeschädigungen, aber auch Beleidigungen oder Bedrohungen in Betracht zu ziehen.

Der Polizeiliche Staatsschutz im LKA Berlin stellt durch eine zentralisierte Bearbeitung der Ermittlungsverfahren sowie einen insgesamt intensiven Erkenntnisgewinn eine bestmögliche Bearbeitung des Phänomens sicher.

Trotz weiterhin hoher Zahlen ankommender Schutzsuchender aus der Ukraine liegen aktuell keine Erkenntnisse vor, die auf eine konkrete Gefährdung der Schutzsuchenden hindeuten.

5. Wurde bei oben genannten Straftaten (oder in anderem Zusammenhang) die Verwendung des „Z“ festgestellt, welches ein Erkennungszeichen der russischen Invasionstruppen darstellt?

Zu 5.:

Am 19. März 2022 wurde ein Fall prorussischer Propaganda an einem Kraftfahrzeug im öffentlichen Straßenland bekannt. Von innen wurde der Buchstabe „Z“ auf einem Blatt Papier an die Seitenscheibe des Fahrzeuges deutlich erkennbar angebracht.

6. Welche Erkenntnisse bestehen über die Aktivitäten der extremen Rechten in Berlin in Bezug auf die Situation in der Ukraine?

Zu 6.:

Der III. Weg pflegt auf seiner Internetseite einen Live-Ticker zum Kriegsgeschehen und solidarisiert sich in diversen Veröffentlichungen uneingeschränkt mit der Ukraine. Es sollen einige Parteimitglieder und – anhängen am Berliner Hauptbahnhof ankommende Frauen aus der Ukraine vor Männern mit „kriminellen Absichten“ gewarnt haben.

Die NPD nutzt den Krieg zur Festigung von Feindbildern (USA, NATO, Bundesregierung) und um rassistische Leitbilder zu bedienen. So fordert ein ehemaliger NPD-Landesvorsitzender dazu auf, den „Bruderkrieg“ zwischen „Weißen“ zu beenden.

Die Patriotic Opposition Europe und die Identitäre Bewegung Deutschland solidarisieren sich vordergründig mit keiner der beiden Seiten, sondern sorgen sich zumindest in ihren offiziellen Darstellungen vielmehr um die Sicherheit hier lebender Menschen mit russischem Migrationshintergrund. Diese seien aufgrund vermeintlich einseitiger Darstellung des Konflikts in westlichen Medien bedroht.

Nach Erkenntnissen des Senats beziehen nahezu alle Gruppierungen der rechtsextremen Szene heterogenen Stellung zum Russland-Ukraine-Konflikt.

Mobilisierungsbestrebungen bzw. Anmeldungen im Kontext mit dem Versammlungsgeschehen gibt es bisher nicht.

7. Welche Erkenntnisse bestehen in Bezug auf die Rekrutierung von Freiwilligen für ukrainische internationale Brigaden in Milieus der extremen Rechten?

Zu 7.:

Auf diversen Kanälen, überwiegend jedoch bei Telegram, wie z.B. dem rechtsextremistischen „white powder“, wird zur Ausreise und zur Teilnahme an den Kampfhandlungen auf ukrainischer Seite aufgerufen. Über eine Resonanz dieser Aufrufe liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 25. März 2022

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport